



Ausgabe 3/2014

OUT AND PROUD – DEUTSCHLAND OUTET SICH – ABER ALS WAS?

- „Toleranz muss in jeder Generation wieder neu erkämpft werden!“ – Interview mit Michael Kauch
- taktvoll in München – Ein Maskenball im Verona des Nordens
- VSA-Konvent und Mitgliederversammlung 2014

ÜBER DEN UMGANG MIT FREIHEITS- SUCHENDEN

Deutsche Verantwortung in der Flüchtlingspolitik

von FABIAN STEPHANY



VIELE FLÜCHTLINGE KOMMEN BEI IHRER FLUCHT UMS LEBEN

Die Flüchtlingsströme nach Europa reißen nicht ab. Vor allem kommen sie aus den Ländern Nord- und Zentralafrikas, aber auch kriegsbedingt suchen Flüchtende aus Syrien und Libyen Zuflucht in Europa. Die europäische Asyl- und Flüchtlingspolitik ist angesichts dieser täglich wachsenden Herausforderung stark verbesserungswürdig. Doch einige Mitgliedsstaaten, darunter auch die Bundesrepublik, haben es in der Vergangenheit geschafft, dies erfolgreich auszubremsen. Deutschland versucht sich seiner Verantwortung bei der Verbesserung der Flüchtlingspolitik zu entziehen. Es wird höchste Zeit, dies zu ändern.

In mindestens zwei Punkten sind die Bestimmungen von Dublin II, die den Umgang mit Flüchtlingen in der Union regeln sollen, nicht mehr zeitgemäß. Zum einen gilt, dass der Mitgliedsstaat, auf dessen Boden Flüchtlinge als erstes ihren Fuß setzen, für deren Aufnahme zuständig ist. Zum anderen können Zuflucht suchende Personen nur einen Asylantrag in dem Land ihrer Ankunft stellen. Dieser Zustand benachteiligt nicht nur Mittelmeeranrainer wie Italien, die vor allem mit den Flüchtlingen, die auf dem Seeweg nach Europa gelangen, konfrontiert werden. Zudem nimmt die Gesetzeslage auch den Flüchtlingen jede Form der Selbstbestimmtheit. Bedürftigkeit wird hier oft mit Unmündigkeit gleichgestellt. Die vollzogenen Änderungen des Regelwerks, die auch von Deutschland so unterstützt wurden, sind eine Verschärfung der Grenzkontrolle und eine zusätzliche Unterstützung bei der Bergung Schiffbrüchiger. Das

Argument deutscher Seite gegen eine Lockerung der Flüchtlingspolitik ist scheinbar stichhaltig. Deutschland hat in absoluten und auch in relativen Zahlen so viele Asylbewerber aufgenommen wie kaum ein anderes Land in der Union - allerdings unter fragwürdigen Aufnahmekriterien. Waisenkinder oder Flüchtlinge mit Verwandtschaft in Deutschland werden bevorzugt bei der Aufnahme behandelt. Ähnliches gilt für Christen. Das von offizieller Seite angeführte Prinzip der Lastenverteilung von Flüchtlingen innerhalb der EU sollte hier genau hinterfragt werden. Solange die Bundesregierung weiterhin über die wirtschaftlichen und administrativen Ressourcen für die Aufnahme von weiteren Flüchtlingen verfügt, müssen Länder wie Italien, deren Kapazitäten schon lange überschritten sind, entlastet werden - ganz egal, wie die Zahlenspiele der Sozialstatistiken aussehen. Dies gilt nicht nur aus Solidarität gegenüber den Vertriebenen, sondern auch gegenüber unseren europäischen Partnern. Flüchtlinge werden in dieser Verteilungsdebatte meist ausschließlich als ökonomische Last interpretiert. Die Zuflucht Suchenden bergen aber auch ein enormes wirtschaftliches Potential. Allzu oft wird ausgeblendet, dass die Neuankömmlinge Vertriebene sind. Sie kommen nicht aus freien Stücken nach Europa. Die allermeisten verlassen schweren Herzens ihr Heimatland aus wirtschaftlichen oder politischen Gründen. Sie wollen sich in Europa weder auf Kosten des Sozialsystems ausruhen, noch beabsichtigen sie es, lange zu bleiben. Hätten sie in ihrem Heimatland die Möglichkeit unter sicheren Umständen ihren Lebensunterhalt zu



ASYL IN DEUTSCHLAND - FÜR FLÜCHTLINGE AUS DEN BALKANSTAATEN ZUNEHMEND SCHWER ZU ERLANGEN

bestreiten, so wären sie dort geblieben. Das Umdenken der deutschen Entscheidungsträger in der europäischen Flüchtlingspolitik kann nur mit einem veränderten Umgang der deutschen Bevölkerung gegenüber Flüchtlingen und Asylbewerbern und einer stärkeren gesellschaftlichen Eigeninitiative der Bürger und Kommunen einhergehen. Seit der ersten großen Flüchtlingswelle, die Deutschland im Zuge des Jugoslawien Konfliktes in den 90er Jahren erreichte, hat eine Stigmatisierung der Asylbewerber begonnen. Monatelange Aufenthaltslager in ausgedienten Bundeswehrkasernen oder die Errichtung von Zeltstädten vor den Toren der Stadt, wie jüngst im Fall von 1600 Flüchtlingen in München angedacht, wären noch in den 80er Jahren undenkbar gewesen. Sie führen letztlich zur langfristigen Ghettoisierung der Flüchtlinge und sind sicherlich nicht der richtige Weg im Umgang mit Menschen, die gezwungen wurden, ihr Land zu verlassen. Das Beispiel der oberfränkischen Gemeinde Wunsiedel zeigt, dass ein offener Umgang mit Flüchtlingen in unserer Gesellschaft keine Utopie sein muss. In Wunsiedel wurden bereits bei der Aufnahme der ersten Flüchtlinge aus Syrien vor knapp einem Jahr - mittlerweile sind es mehr als 100 - Maßnahmen zur aktiven Eingliederung der Neuankömmlinge in die Gemeinde ergriffen. Runde Tische mit Asylbewerbern und Ortsansässigen, kostenfreie Teilnahme der Flüchtlingskinder am Unterricht der lokalen Schulen sowie ein aufgestocktes Angebot an Deutschkursen, erleichtern die Integration in das bestehende gesellschaftliche Leben.

Entgegen hoffnungsvoller Beispiele gesellschaftlichen Engagements, wie im Fall von Wunsiedel, sendet die amtierende Bundesregierung allerdings erneut falsche Signale. Die Pläne der schwarz-roten Koalition, beispielsweise mehrere Balkanstaaten erneut als sichere Herkunftsländer einzustufen, eröffnet die Möglichkeit, Asylbewerber von dort schneller in ihre Herkunftsländer zurückschicken zu können. Der Verdacht liegt nahe, dass man auf diesem Wege zu vermeiden versucht, jeden einzelnen Antrag einzeln prüfen zu müssen: Eine Form der Verantwortung gegenüber Hilfesuchenden, der sich Deutschland scheinbar entziehen möchte. Es wird höchste Zeit, dies zu ändern.



Fabian Stephany

ist Altstipendiat, war von 2008-2013 in der Förderung der FNF und hat in Wien über das Thema der Einkommensverteilung in Europa promoviert.

E-Mail: f.stephany@web.de